

NEWSLETTER

DES DIÖZESAN-CARITASVERBANDES HILDESHEIM

Ausgabe 02/2017 – 27.03.2017

www.caritas-dicvhildesheim.de



PRESSEMITTEILUNG Allgemeine Sozialberatung

Wir wollen und dürfen keine Hilfesuchenden abweisen

Die Allgemeine Sozialberatung (ASB) der Caritas im Bistum Hildesheim hat ihre Zahlen für 2016 veröffentlicht. Ihr Fazit: Die Kapazitäten reichen nicht mehr, Hilfesuchende machen in Wartezimmern kehr.



Eine erschöpfte Mutter findet in der Allgemeinen Sozialberatung (ASB) der Caritas eine erste Anlaufstelle zum Angehen ihrer Probleme.

Foto: Deutscher Caritasverband/Wild

Hildesheim. "Wenn eine erschöpfte Mutter sich aufmacht, um Hilfe zu suchen, dann kommt sie nicht nur mit einem Problem", sagt Antje Braun, Referentin beim Caritasverband für die Diözese Hildesheim für ASB. Braun kennt die Zahlen der Beratungsstellen genau: sie hat die Notsituationen von 4784 Klientinnen und Klienten

analysiert, die bei Caritas und Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) Hilfe suchten. Rein statistisch brachten die Hilfesuchenden zwei bis drei Probleme mit.

"Wir verzeichnen einen enormen Zulauf in unseren Beratungsstellen: Während es im Jahr 2015 noch 3775 Ratsuchende waren, haben wir im zurückliegenden Jahr 4784 Menschen beraten. Dies bedeutet einen Anstieg um mehr als 26 Prozent."

Die ASB ist Erstanlaufstelle für Menschen in sozialen Notlagen und persönlichen Krisen. 57 Prozent der Klienten leben von Grundsicherungsleistungen, rund drei Viertel der untersuchten 4784 Hilfesuchenden haben Kinder. Hinzu kommen aktuell immer mehr geflüchtete Menschen, die aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen umgezogen sind. Mehr als 50 Prozent der Ratsuchenden haben einen Migrationshintergrund. Die größte Gruppe bilden Familien und Alleinerziehende mit mehr als zwei Kindern.

"43 Prozent der Hilfesuchenden benötigten eine mehrstufige Beratung", so Antje Braun. "Unsere Kapazitäten reichen dafür bei Weitem nicht mehr aus. Beratung am Fließband funktioniert nicht. Um Probleme wirklich zu erfassen und zu klären, müssen Menschen ausreden können. Hilfesuchende brauchen Zeit, um sich zu öffnen."

Das Beratungsangebot zählt zum Grunddienst der Caritas und wird ausschließlich vom Bistum Hildesheim finanziert. Es gibt keinerlei staatliche Förderung. Die ASB begleitet in belastenden Lebenssituationen, gibt psychosoziale Beratung, hilft bei der Überprüfung sozialrechtlicher Ansprüche oder beim Schriftverkehr mit Behörden.

Die Beratung ist kostenlos und unabhängig von Weltanschauung und Konfession. Der Stundenumfang pro Beratungsstelle beträgt im Durchschnitt 9,5 Stunden pro Woche. Das reicht für 300 Klientinnen und Klienten jährlich - aber nicht mehr. Caritas und SkF benötigen dringend zusätzliche Beratungsstunden.

Antje Braun: "Viele Hilfesuchende resignieren, weil der Ansturm zu groß ist. Das darf nicht weiter so bleiben. Wir wollen und dürfen keine Hilfesuchenden abweisen."

Newsletter des Caritasverbandes für die Diözese Hildesheim

Kontakt: Heribert Schlensok, Telefon: 05121 938-112 | Anna Low, Telefon 05121 938-117

PRESSEMITTEILUNG Migration & Integration

Legale Arbeitsmigration nimmt Druck aus dem Asylsystem

„Wir könnten mehr leisten und weniger Angst haben.“ Dieses Fazit gab die Migrationsexpertin Elke Tießler-Marenda rund 110 Beraterinnen und Beratern aus dem Bereich Migration und Integration in Duderstadt mit auf den Weg. Sie warb für eine klare Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migranten.



von links: Dr. Torsten Moritz, Elke Tießler-Marenda, Prälat Peter Kossen. Foto: DiCV Hildesheim

Hildesheim/Duderstadt. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeige, dass es nicht viel nütze, die Begriffe zu vermischen, so Tießler-Marenda. Tatsächlich sei die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland in den letzten 20 Jahren "von ganz wenig zu ganz viel, besonders im Jahr 2015, gestiegen". Was Deutschland für 890.000 Asylsuchende leiste sei jedoch "machbar", verglichen mit kleinen Ländern wie etwa dem Libanon, die ungefähr die gleiche Zahl an Flüchtlingen aufgenommen haben.

Die mediale Aufmerksamkeit gelte vor allem den Flüchtlingen. Dass Deutschland im Jahr 2016 624.000 Migranten aus EU-Ländern aufgenommen habe und diese Zahl höher sei als die der Asylsuchenden in 2016, gerate dabei ebenso aus dem Blickfeld wie die Möglichkeit geregelter Einwanderung. "Wir haben Regeln für Fachkräfte. Was wir wenig haben, sind Möglichkeiten für Geringqualifizierte, die Deutschland ebenso benötigt", sagte die Referentin. "Legale Arbeitsmigration nimmt Druck aus dem Asylsystem."

Migration und Schutzgewährung dürften nicht vermischt werden. Zu Migration könne es politische Regeln geben, Flüchtlingsschutz dagegen sei nicht verhandelbar: "Es gibt keine Obergrenze, und faire Verfahren müssen sicher gestellt werden. Auch einen illegal eingereisten Flüchtling kann man nicht einfach zurückschicken." Tießler-Marenda warb für die Gestaltung von Migration durch temporär geöffnete Zugänge, Arbeitsmigration nicht nur für Fachkräfte und konsequente Ermöglichung von Familienzusammenführung.

Dies unterstrich Dr. Torsten Moritz von der Brüsseler Churches' Commission for Migrants in Europe (CCME). "Es herrscht zur Zeit ein raues Klima, aber wir dürfen als Kirche und Caritas nicht aufhören, mutige Vorschläge zu machen, weil das bestehende System inhuman ist." Moritz führte aus, dass das Asylrecht in Europa zunehmend in Drittländer verlagert werde, um möglichst viele Menschen auszuschließen und zu bestrafen. "Die Aufhebung der Visapflicht für Menschen aus Krisengebieten böte dagegen die Chance, das Sterben im Mittelmeer zu beenden und Schleusern das Handwerk zu legen", so sein Lösungsansatz.

Prälat Peter Kossen, Pfarrer in Lengerich, berichtete über den Missbrauch von Werkverträgen anhand von Beispielen aus Süldenburg. "Was ist uns gute Arbeit wert?" fragte Kossen und wandte sich mit klaren Worten gegen ein System ausgehebelter Arbeitnehmerrechte. "Es darf keine Subkulturen und rechtsfreien Räume geben, in denen Arbeitnehmer betrogen, gedemütigt und systematisch ausgebeutet werden." Eindringlich beschrieb Kossen Unterkünfte mit 70 Namen an der Tür, 15 Personen in einem Schlafräum mit einer Raumhöhe, die kein aufrechtes Stehen ermögliche. Kossens Forderung: "Werte und Rechte sind der Kit der Gesellschaft und nicht ihr Sprengstoff, wenn sie für alle gelten." Jede Verrohung der Wirtschaft bringe dagegen nur kurzfristigen Erfolg. "Sozial ist, was gute Arbeit schafft!", so der Geistliche.

Die jährliche Caritas-Migrationsfachtagung Nord-Ost fand vom 7.-9. März 2017 in der Kolping Tagungsstätte in Duderstadt statt. Eingeladen waren Beraterinnen und Berater der Caritas aus dem Arbeitsbereich Migration und Integration aus 10 Diözesen.

PRESSEMITTEILUNG Mutter-Kind-Kuren

Caritas-Klinik Langeoog unter neuer Leitung

Mit einer Feierstunde wurde die Leiterin der Mutter-Kind-Klinik, Ursula Bangert, Mitte Februar in den Ruhestand verabschiedet und Andrea Eberhardt-Soumagne als Nachfolgerin eingeführt.



Andrea Eberhardt-Soumagne ist die neue Leiterin der Mutter-Kind-Klinik in Langeoog. Foto: DiCV Hildesheim

Eberhardt-Soumagne (47) bringt Erfahrung als Schulleitung eines Altenpflege-Fachseminars und Standortleitung des Grone Bildungszentrums in Detmold mit. Auch Ihre Tätigkeit im betreuten Wohnen, in der Betriebsmedizin und als Leiterin einer Gemeinschaftspraxis kommt ihr in der großen Mutter-Kind-Kur-Einrichtung zugute.

"Ich finde hier ein starkes Team vor", sagte Eberhardt-Soumagne, die seit dem 1. Januar 2017 in der Caritas-Einrichtung arbeitet. "Die Insel Langeoog ist sehr entschleunigt, weil sie autofrei ist und großartige Natur bietet. Unsere Kurklinik verfügt über ein ideales Umfeld für Mütter, die dringend diese Entschleunigung benötigen.

Die Mehrfachbelastung von Müttern, im Besonderen Alleinerziehende und Berufstätige, kann zu einem Gefühl der Überforderung und Erschöpfung führen. Viele Frauen trauen sich nicht, rechtzeitig Hilfe und Unterstützung zu suchen. Die Mutter-Kind-Kuren schaffen den Rahmen, um an die Ursachen heranzugehen und den Frauen neue Kraft und Rüstzeug für ihren Alltag zu geben."

Die Mutter-Kind-Klinik der Caritas auf Langeoog beschäftigt 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bietet Platz für 82 Mütter und 134 Kinder. Im Jahr 2016 nahmen 1225 Mütter und 1796 Kinder an einer Kur teil. "Haus Sonnenschein" liegt auf der autofreien Insel Langeoog unmittelbar am Weststrand. Bis zum Meer sind es nur 150 Meter. Die Insel bietet allergen- und staubfreie Nordseeluft und reizklimatische Bedingungen.

PRESSEMITTEILUNG Rechtspopulismus

Gemeinsam gegen Fremdenhass

Fremdenfeindliches Verhalten oder diskriminierende Äußerungen sind ein Grund, sich einzumischen. Die Caritas in Niedersachsen trainiert Zivilcourage.



Bierdeckel mit Vorurteilen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund dienen als Diskussionsgrundlage in Kneipen. Foto: DiCV Hildesheim>

Hildesheim. Ein Fußballfan, der einem Braunschweiger Fußballverein die Flöhe wünscht, besprüht einen Stromkasten an der Bundesstraße mit der Verwünschung "Tod und Hass dem BTSV." Was empfinden Tausende von Autofahrern, die täglich diesen Anschlag lesen? Das Graffito verstößt gegen jedes sportliche Fair Play. So empfinden vermutlich viele. Hier ging es nur um Sport. Doch was empfinden Menschen, denen regelmäßig

fremdenfeindliche Parolen entgegen gebracht werden? Sie sind verletzt. Fair Play ist auch hier nicht gegeben.

Fremdenfeindliche Parolen verletzen Menschen, die sich nicht wehren können. Die Caritas geht deshalb gegen Mitarbeitende, die Fremdenhass propagieren, mit arbeitsrechtlichen Maßnahmen vor, die bis zur fristlosen Kündigung führen können. Und sie veranstaltet Argumentationstrainings. Nicht weil die Caritas-Mitarbeitenden besonders fremdenfeindlich oder menschenverachtend eingestellt sind, sondern ganz im Gegenteil. "Wir wollen normale Menschen auf der Seite des Guten stärken und die schweigende Mehrheit zum Sprechen bringen", sagt Angelika Kleideiter vom Caritasverband für die Diözese Hildesheim.

Denn klar ist: rechtspopulistische, rassistische oder rechtsextreme Äußerungen haben Konjunktur. Da wird das sportbegabte Kind mit Migrationshintergrund herabsetzend als "Schokocrossi" bezeichnet. Im nächsten Atemzug sollen die jungen Männer aus Syrien gefälligst für ihr Land kämpfen und Flüchtlinge in ihrer Heimat bleiben. Als Begründung müssen die Totschlagargumente "Was das alles kostet" und "Die haben ja alle ein Handy" dienen, argumentiert wird nicht, Wut statt Fakten.

Was tun? Knackige Gegenargumente liefern? Mit Zahlen gegenhalten? "Zunächst muss man die Situation analysieren, in der die Aussage fällt", sagt Achim Bröhenhorst vom Landespräventionsrat. Der Argumentations-Coach rät zu Augenmaß. Hilfreich sei es, ein Argument herauszugreifen und konsequent bei diesem zu bleiben.

Und dann: "Möglichst mit der eigenen Realität argumentieren, zum Nachdenken bewegen, um das Einsehen zu erzeugen, dass es ganz so einfach wie dargestellt nicht ist." Im Beispiel des Handys für Flüchtlinge etwa Fakten nennen: Ich bin Pate für einen Flüchtling, der hat natürlich ein Handy, mit dem er alles macht: telefonieren, übersetzen und mailen, bis hin zu Briefen an das Jobcenter."

"Jeder Mensch hat andere Grenzen für Aussagen, die er als nicht tolerierbar ansieht", sagt Bröhenhorst. Aber ob die Diskussion Aussicht auf Erfolg hat, müsse man von Fall zu Fall entscheiden. "Auf jeden Fall kann man immer Hilfe holen. Etwa im Bus, indem man sich umschaute und fragt: Geht noch jemand mit und setzt sich zwischen den Pöbler und die Frau mit Kopftuch?"

Eine Caritas-Kollegin aus Hannover, die am Workshop im Hildesheimer Diözesan-Caritasverband teilnahm, berichtete von einer Situation beim Sonntagsspaziergang. Sie ging

zusammen mit einem Flüchtling spazieren. Ein Deutscher, der ihnen begegnete, schimpfte: "Hau ab, Ausländer." - "Ich musste etwas tun", sagte die Kollegin, "andernfalls hätte ich meinen Bekannten alleine gelassen." Also erwiderte sie: "Halt die Klappe, Du Rassist." Couragiert!

"Das Training soll helfen, den Blick zu öffnen auf den Kreis der Umstehenden", sagt Trainer Bröhenhorst. Es sei sehr wichtig, dass Umstehende merken, dass sie nicht alleine sind. "Wenn wir menschenfeindliche Äußerungen im Verein, im Bus und in der Familie nicht mehr unwidersprochen stehenlassen, gehen wir einen großen Schritt in Richtung offene und menschenrechtsorientierte Gesellschaft."

Im Rahmen der neuen Initiative "Kein Platz für Fremdenhass" veranstaltet die Caritas in Niedersachsen im Jahr 2017 regionale Trainings, um Mitarbeitende darin zu stärken, in menschenverachtenden Situationen Position zu beziehen. "Wir führen das Argumentationstraining mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Arbeitsbereichen der Caritas durch", sagt Angelika Kleideiter für die Caritas im Bistum Hildesheim. "Ziel ist es, Mitarbeiter in ihrer Sensibilität für die unterschiedlichsten Lebenswege und vielfach auch Leidenswege der Menschen zu stärken und konkret zu erproben, wie sie plumpen Parolen begegnen können. Ausgrenzung und Benachteiligung sind mit dem christlichen Menschenbild von Caritas und Kirche nicht vereinbar."